
EU-Beitrittskandidaten der zweiten Welle aus historischer Perspektive: Rumänien und Bulgarien

Rezension von: Ekkehard Völkl,
Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die
Gegenwart, Regensburg 1995, 280
Seiten, öS 364,-; Hans-Joachim Härtel,
Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom
Mittelalter bis zur Gegenwart,
Regensburg 1998, 319 Seiten, öS 364,-;
beide Verlag Friedrich Pustet.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) führten der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und das Ende der zentralen Planwirtschaft zunächst zu ungeordneten Verhältnissen in Politik und Wirtschaft, zur Zersplitterung der Interessen, ja zur Auflösung des sozialen Gefüges. Der starke Produktionsrückgang während der schweren ökonomischen Übergangskrise verstärkte diese Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welche wiederum die Bewältigung der wirtschaftlichen Depression beeinträchtigten. Die Hyperinflation nach der Freigabe der (meisten) Preise bewirkte einen massiven Kaufkraftverlust für weite Teile der Bevölkerung.

Zehn Jahre nach dem politischen Umbruch leiden die MOEL immer noch unter den Problemen im Gefolge der teils unzulänglichen Reformen der Wirtschaftsordnung, des Finanzsektors und der öffentlichen Verwaltung, unter den Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Strukturwandels, unter Kapitalmangel wegen meist zu geringer ausländischer Direktinvestitionen, unter hohen Zinssätzen und wachsender Auslandsverschuldung. Die Entwicklungsunterschiede unter den MOEL verstärkten sich in diesem Jahrzehnt weiter.

Rumänien und Bulgarien zählen unter jenen Ländern, mit denen die EU Verhandlungen über eine zukünftige Mitgliedschaft aufgenommen hat, zur sogenannten zweiten Welle. Die zukünftigen Chancen beider Staaten werden beeinträchtigt durch die Rückständigkeit in der Wirtschaftsstruktur und im Entwicklungsniveau, welche sie aus vorkommunistischer und kommunistischer Ära erben und sich durch wirtschaftspolitische Fehler in jüngster Zeit noch akzentuierte.

Rumänien und Bulgarien sind ähnlich und verschieden: ähnlich, da sie zu den Nachzüglern unter den MOEL zählen und zur traditionell eher instabilen Balkanregion gehören, was ihre Benachteiligung verstärkt; verschieden, da die Ausgangsbedingungen (Regierende und deren politische Vorhaben, Außenhandelsstrukturen, Auslandsverschuldung usw.) unterschiedlich waren und die politischen Entwicklungen seither voneinander abwichen.

Beide Länder wurden bei ihren Reformbemühungen im Unterschied zu den meisten anderen Beitrittswerbenden behindert durch die längerfristig geringere wirtschaftliche Verflechtung mit Westeuropa, durch die agrarischen und anti-demokratischen Traditionen aus der Zeit vor dem Kommunismus und durch das Fehlen von reformorientierten Eliten innerhalb der KP-Nomenklatura. Die Männer aus der zweiten Reihe der KP und die Bürokraten leisteten nach dem Umbruch hinhaltenden und zähen Widerstand gegen Reformen, kontrollierten bis zu einem gewissen Grad die Innenpolitik und sicherten sich wichtige Positionen in der privaten Wirtschaft. Unter diesen Umständen war es für die neuen demokratischen Parteien besonders schwierig, in ihre Rollen als Regierungs- oder Oppositionsteilhaber zu finden. Die Zahl der Parteien und Verbände war sehr groß, die Interessen waren dementsprechend zersplittert. Die Korruption in Wirtschaft und Bürokratie ist tief verwurzelt. Eine breite Mittelschicht, die rasche und

effektive Reformen unterstützen könnte, fehlt.

Die politischen und ökonomischen Probleme verstärkten einander wechselseitig, so daß Bulgarien im Winter 1996/97 in eine schwere Krise stürzte. Im April 1997 nahm bereits die neunte Regierung nach dem Umbruch ihre Tätigkeit auf. In Rumänien blieben ehemalige KP-Funktionäre bis 1996 an der Macht. Erst nach den Wahlen vom November jenes Jahres erhielt das Land eine tatsächlich reformorientierte Regierung. Dies sind die jeweils jüngsten Marksteine der politischen Entwicklung der beiden Länder. Die Instabilität währt jedoch fort.

Wie tief die wirtschaftliche Krise nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft war und ist, wird an folgenden Zahlen deutlich: Das reale BIP erreichte in Rumänien 1997 82% des entsprechenden Wertes von 1989, in Bulgarien sogar nur 63%! Und während für Bulgarien im Jahre 1999 mit einem Anstieg auf 66% gerechnet wird, sinkt in Rumänien die wirtschaftliche Leistung weiter ab, und zwar deutlich; der prognostizierte Wert für 1999 beläuft sich auf 74% des BIP von 1989!

Gegenüber dem EU-Durchschnitt liegen Rumänien und Bulgarien mittlerweile weiter zurück als alle anderen Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa. 1997 betrug das rumänische BIP pro Kopf (verglichen in Kaufkraft-Paritäten) laut Eurostat 31% des EU-Durchschnitts, das bulgarische gar nur 23%. Und beide Länder verloren in den letzten Jahren weiter an Boden! Das am weitesten entwickelte der MOEL-Länder, Slowenien, erreichte 1997 immerhin bereits 68% des EU-Mittels und schloß damit zum ärmsten EU-Mitglied, Griechenland, auf.

Ein weiterer und gerade im Hinblick auf die EU-Ambitionen besonders wichtiger Indikator für den ökonomischen Rückstand der beiden Länder bildet der Anteil der Landwirtschaft an Erwerbstätigkeit und BIP. In der EU waren 1996

durchschnittlich nur noch 5,1% der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft tätig, und diese trugen 2,5% zum BIP bei. In den beitragswilligen MOEL belief sich der agrarische Anteil an den Erwerbspersonen 1996 auf durchschnittlich 25%, in Bulgarien auf 24,7% und in Rumänien sogar auf 34,4%! Die Einbeziehung dieser Länder in die Gemeinsame Agrarpolitik würde letztere somit zusammenbrechen lassen.

Infolge des starken Produktionsrückgangs in der Industrie, der auch auf die Beschäftigung durchschlug, und der unzureichenden Dynamik des Dienstleistungssektors, aber auch wegen der Agrarreformen sind Rumänien und Bulgarien die einzigen der beitragswilligen MOEL, in denen die Beschäftigung im Landwirtschaftssektor seit dem Umbruch sogar zunahm. Besonders ausgeprägt ist diese ‚regressive‘ Tendenz in Rumänien. Die Rückgabe von Land an Privateigentümer trug zur Ausbreitung der Subsistenzwirtschaft bei. Personen, die ihren Arbeitsplatz in einem der verstaatlichten Großbetriebe oder in der aufgeblähten Verwaltung verloren, bewirtschafteten nun eine kleine Parzelle, konsumieren den Großteil des Ernteertrags und verkaufen den Rest auf lokalen Märkten. Da die Privatisierung von Industrie und Dienstleistungen noch längst nicht abgeschlossen ist, wird der Zuwachs der Beschäftigung in der Landwirtschaft kurz- und mittelfristig anhalten.

In Rumänien befinden sich derzeit bereits rund 85% des bebaubaren Bodens im Privatbesitz. Über die zukünftigen Besitzverhältnisse auf dem übrigen Land, 517 staatlichen Gütern, die sich auf Getreideanbau spezialisierten, wird unter den politischen Parteien seit Jahren heftig gestritten. Der durchschnittliche private Bauernhof ist sehr klein, umfaßt weniger als 3 Hektar (!) – viel zu wenig für effektive Agrarproduktion. Der großen Masse der Kleinbauern fehlt das Kapital für Investitionen in Maschinen und Gerätschaften, für Dünger und hochwertiges

Saatgut – oder auch nur für die Reparatur existierender Maschinen. Die landwirtschaftliche Produktivität ist deshalb sehr gering.

Wie sehr der Agraroutput unter diesen Umständen vom Wetter abhängt, zeigen die extremen Schwankungen der rumänischen Weizenernte: 7,7 Mio. t 1995, aber nur katastrophale 3,2 Mio. t 1996, wieder 7,2 Mio. t 1997, jedoch nur 5,2 bzw. 4,8 Mio. t 1998 bzw. 1999.

Kernprobleme der rumänischen und der bulgarischen Geschichte lassen sich anhand der vorliegenden Bände ausgezeichnet über einen längeren Zeitraum hinweg verfolgen. So bildete (und bildet, siehe oben) die Agrarfrage eines der gravierendsten politischen, ökonomischen und sozialen Probleme Rumäniens:

Mitte des 19. Jahrhunderts lebte der allergrößte Teil der Bevölkerung auf dem Lande. "Rumänien war zwar ein Bauernland, aber nicht ein Land der Bauern." (S. 32) Der Boden in der Walachei und der Moldau gehörte, von den wenigen Freibauern abgesehen, den Grundherren. Die Bauern durften Flächen zwar eigenständig bewirtschaften, mußten dafür aber Fronarbeit leisten. 1863, vier Jahre nach der Vereinigung der beiden Landesteile, säkularisierte der junge, halb-souveräne rumänische Staat die Klostergründe, die rund ein Viertel des bebaubaren Bodens umfaßten, und brachte sie zur Verteilung.

1864 setzte der Fürst Alexandru Ion Cuza eine Agrarreform durch. Die Bauern erhielten diejenigen Felder, die sie bislang schon eigenständig bewirtschaftet hatten, als Eigentum, allerdings nur bis zu einer Obergrenze. Die Grundeigentümer hatten bis zu zwei Drittel ihrer Güter zur Verteilung abzutreten. Fünfzehn Jahre lang mußten die Bauern Entschädigung zahlen. Fronarbeit und Abgaben fielen weg. Insgesamt erhielten rund 500.000 Bauern ein eigenes Stück Land. Bald zeigte sich jedoch, daß die zugewiesenen Flächen (meist unter 5 ha) infolge der altertümlichen Produktions-

methoden vielfach nicht einmal für das Existenzminimum ausreichten. Die Bauern verschuldeten sich, pachteten gegen relativ hohe Gebühren weitere Felder oder arbeiteten zu sehr ungünstigen Konditionen auf den Gütern der Grundherren. Diese legten den überschuldeten Bauern hohe Arbeitsverpflichtungen auf, die sich sogar über mehrere Jahre erstrecken konnten. Jene, die ihre Arbeitsleistungen nicht erbracht hatten, durften den Dorfbereich nicht verlassen. Aus diesem Grund bestand die eigentlich abgeschaffte Hörigkeit der Bauern fort. Zwischenpächter übernahmen ganze Güter, bewirtschafteten nur Teile davon eigenständig und verpachteten den Rest – zu überhöhten Beträgen. Jene Zwischenpächter, welche Trusts bildeten, die Pachtverträge nach Belieben diktiert werden konnten, wurden zu den meistgehaßten Personen des Landes.

Der Haß der Bauern entlud sich im großen Bauernaufstand von 1907, der letzten großen Bauernerhebung Europas. Bald befanden sich die ganze Moldau und dann auch die Walachei im Aufbruch. Bewaffnete Bauernscharen zogen plündernd und zerstörend umher. Noch wesentlich brutaler war die Art und Weise, wie das Militär diesen Aufstand niederschlug – sogar mit Hilfe von Artillerie. Diese Unterdrückung forderte mehrere Tausend Todesopfer. An den Verhältnissen auf dem Lande erfolgten dennoch nur geringe Korrekturen.

Erst nach dem Ersten Weltkrieg, unter dem Druck der Ereignisse in Rußland, wurde ein weiterer Versuch unternommen, die Lage der bäuerlichen Bevölkerung, rund drei Viertel der Gesamtheit, zu verbessern. Die Agrarreform aus den Jahren 1920 und 1921 beinhaltete u.a. die vollständige Enteignung der Ländereien von Ausländern, von Personen, die ihr Land über längere Zeit hinweg verpachtet hatten, und von Körperschaften. Aller übrige Großgrundbesitz war ebenfalls zu enteignen, wobei allerdings je nach Bodenqualität 100 bis 500 ha ver-

bleiben durften. Die Entschädigung übernahm der Staat durch langfristige Schuldverschreibungen. Die von der Reform begünstigten Bauern hatten jeweils die Hälfte der Entschädigung zu übernehmen. Alles in allem gingen rund 30% der Nutzungsfläche an Klein- und Kleinstbauern über.

Die soziale Lage entspannte sich zwar, aber längerfristig war das Resultat der Agrarreform ernüchternd: 1938 hatten immer noch etwa 75% der Bauern weniger als 5 ha Land. Aufgrund der Übervölkerung auf dem Land war ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie und in den Dienstleistungen war zu gering, um diesen Bevölkerungsdruck zu mindern. Rentabilität und Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Kleinbetriebe verbesserten sich nicht. Da die weizenerzeugenden Großgüter verschwanden,

sank auch die für den Export früher so wichtige Weizenproduktion.

Der Gebrauchswert der beiden Bände, die eindrucksvolle Illustrationen enthalten, wird jeweils durch einen Anhang gesteigert, der eine Zeittafel, ausgewählte Biographien, eine Liste historischer Sehenswürdigkeiten, ein Personen- und ein Ortsregister sowie ein Literaturverzeichnis enthält. All jenen, die an einem einführenden Text über die längerfristigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Rumänien und Bulgarien interessiert sind, können die beiden vorliegenden Bände nur wärmstens empfohlen werden. Monographien zur Geschichte der übrigen südosteuropäischen Länder in gleicher Aufmachung sind bei Pustet in Vorbereitung, jene über Griechenland und Albanien liegen bereits vor.

Martin Mailberg